

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Neue Wirtschaftskraft entfesseln – Bürger und Unternehmen entlasten

Positionspapier

der Fraktion der Alternative für Deutschland

im Deutschen Bundestag

unter Mitwirkung des Arbeitskreises Wirtschaft und Energie

11. April 2026

Deutschland befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise seit Jahrzehnten. Rezession, Unternehmenspleiten und -abwanderung, Stellenabbau, Investitionszurückhaltung und eine tiefgreifende Deindustrialisierung gefährden Wohlstand und soziale Stabilität. Explodierende Energiepreise, eine übermäßige Steuer- und Abgabenlast, die ausufernde Bürokratie und eine fehlgeleitete, ideologisch motivierte Technologiepolitik schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltig.

Ein zunehmend unsicheres geopolitisches Umfeld und weltweite Handelskonflikte setzen deutsche Unternehmen weiter unter Druck. Insbesondere Störungen internationaler Handelsrouten wie der Straße von Hormus und des Suezkanals können die Energiepreise – etwa für Kraftstoffe – zulasten von Unternehmen und Bürgern in die Höhe treiben, wie der Iran-Krieg gezeigt hat. Gleichzeitig verschärft die demografische Entwicklung den Fachkräftemangel, während gut ausgebildete Arbeitnehmer immer häufiger ins Ausland abwandern.

Trotz dieser offensichtlichen Missstände hält die Bundesregierung unbeirrt an ihrer Wirtschafts- und Energiepolitik fest, die planwirtschaftliche Steuerung über marktwirtschaftliche Vernunft stellt. Damit schwächt sie unsere fundamentalen Grundlagen für Wachstum und Wohlstand. Diese Politik hat die Staatsquote auf 50 Prozent erhöht, ab der laut Altbundeskanzler Helmut Kohl der Sozialismus beginne.

30 Wir wollen Deutschland durch eine deutliche Senkung der Staatsquote und eine
31 konsequent angebotsorientierte Politik als wettbewerbsfähigen und resilienten
32 Wirtschaftsstandort wiederherstellen. Wir setzen dabei auf sichere und bezahlbare
33 Energie, niedrigere Steuern und Abgaben für Bürger und Unternehmen, den umfassenden
34 Abbau bürokratischer Hemmnisse, auf verlässliche Lieferketten, die Freisetzung
35 technologischer Innovationspotenziale und die Aktivierung heimischer Fachkräfte.
36

37 **1. Wirtschaft und Bürger spürbar entlasten**

38 Deutschland hat eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten weltweit. Diese hemmen
39 Konsum, Investitionen und Beschäftigung. Ein wettbewerbsfähiges Steuersystem muss
40 einfach und gerecht sein und darf Bürger, Familien und Unternehmen nicht über Gebühr
41 belasten.

42 **Unsere Maßnahmen:**

- 43 • Wir werden eine grundlegende Steuerreform durchführen, die sich an den
44 Reformvorschlägen von Paul Kirchhof orientiert (Bundestagsdrucksache 21/589).
- 45 • Wir werden den Grundfreibetrag auf 15.000 Euro anheben, um kleine und mittlere
46 Einkommen unmittelbar zu entlasten.
- 47 • Wir werden zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderfreibetrag in Höhe von 12.000 Euro
48 einführen, um Familien finanziell zu stärken (Bundestagsdrucksache 21/589).
- 49 • Wir werden die Unternehmensteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau
50 senken.
- 51 • Wir werden steuerliche Regelwerke vereinfachen.

52 **Finanzeffekte:**

- 53 • *Kurzfristig:* Rückgang der Steuereinnahmen; wird kompensiert durch
54 Ausgabenkürzungen u. a. bei klimaideologischen Projekten im Haushalt
- 55 • *Mittelfristig:* Deutliche Steigerung des Wirtschaftswachstums
- 56 • *Langfristig:* Höhere Steuereinnahmen durch steigende Wertschöpfung und
57 Investitionen

58

59 **2. Eine sichere und günstige Energieversorgung gewährleisten**

60 Eine leistungsfähige Wirtschaft benötigt zuverlässige und kostengünstige Energie für
61 Industrie und Mittelstand. Die einseitige ideologische Ausrichtung der Bundesregierung
62 auf wetterabhängige Wind- und Solarenergie hat zu massiven Kostensteigerungen,
63 Versorgungsengpässen und Standortnachteilen geführt. Mit selektiven Subventionen zur
64 Abfederung der Folgen der sogenannten »Energiewende« oder mit kurzfristigen
65 Scheinlösungen wie dem trügerischen Industriestrompreis lassen sich die strukturellen
66 energiewirtschaftlichen Probleme nicht wirkungsvoll beheben. Deutschland braucht
67 einen soliden und bedarfsgerechten Energiemix, der vor allem durch grundlastfähige
68 Kraftwerke sichergestellt wird. Technologieoffenheit im Energiesektor ist das Gebot der
69 Stunde.

70 **Unsere Maßnahmen:**

- 71 • Wir werden den Irrweg beenden: Kernenergie ist politisch neu zu bewerten und
72 technologisch zu reaktivieren – dazu gehört ein Rückbaumoratorium für
73 abgeschaltete Kernkraftwerke, die Ertüchtigung und Reaktivierung bestehender
74 Anlagen, eine Verlängerung der Laufzeiten sowie eine Eignungsprüfung moderner
75 Reaktortypen (Atomgesetz, AtG).
- 76 • Wir werden alle grundlastfähigen Energieträger weiter nutzen, einschließlich Gas und
77 Kohle über das Jahr 2030/38 hinaus.
- 78 • Wir werden die Versorgung mit Gas und Öl im deutschen Interesse weiter
79 diversifizieren, neue Importabhängigkeiten vermeiden und die Inbetriebnahme
80 vorhandener Lieferwege wie der Nord-Stream-Pipeline ermöglichen.
- 81 • Wir werden den Strommarkt vom Kopf auf die Füße stellen: Das Erneuerbare-
82 Energien-Gesetz (EEG) muss aufgehoben werden; der subventionierte Ausbau von
83 Wind- und Solarenergie, der den Netzausbaubedarf und die Netzentgelte
84 unkontrolliert in die Höhe treibt, ist zu beenden (Netzausbaubeschleunigungsgesetz,
85 NABEG). Das Klimaschutzgesetz (KSG), das Windenergie-auf-See-Gesetz
86 (WindSeeG) und das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) schaffen wir ab.
- 87 • Echte Entlastungen statt Taschenspielertricks: Wir werden Strom- und
88 Energiesteuern auf das EU-Minimum senken und die nationale CO₂-Abgabe streichen
89 (Brennstoff-emissionshandelsgesetz, BEHG).

90 **Finanzeffekte:**

- 91 • *Kurzfristig:* Haushaltsentlastung durch Abbau ineffizienter Subventionen und
92 Förderungen (EEG-Förderung, Klimaschutzprogramme, Klima-NGOs) sowie sinkende
93 Steuereinnahmen durch Steuersenkungen
- 94 • *Mittelfristig:* Senkung der Strompreise und Netzentgelte für Strom- und Gasnetze,
95 steigende Investitionstätigkeit sowie neue Kosten durch den Neubau von Kraftwerken
- 96 • *Langfristig:* Stabilisierung der industriellen Wertschöpfung und Sicherung
97 energieintensiver Branchen

98

99 **3. Technologieoffenheit statt Verbote**

100 Staatlich verordnete Transformation, ob im Automobilbereich oder in der
101 Energieerzeugung, führt zu Fehlanreizen, Innovationshemmnissen und
102 Deindustrialisierung. Politisch-ideologische Eingriffe gefährden die Planungssicherheit
103 und schränken die Freiheit von Bürgern und Unternehmen ein. Technologieoffenheit ist
104 die Basis für wirtschaftliche Dynamik.

105 **Unsere Maßnahmen:**

- 106 • Wir werden das Verbrennerverbot durch die Flottengrenzwerte der EU aufheben, um
107 den Bürgern die freie Entscheidung über ihre bevorzugte Antriebsform zu ermöglichen
108 und Schaden von unserer Automobilindustrie, einer der tragenden Säulen der
109 deutschen Wirtschaft, abzuwenden.
- 110 • Wir werden das Gebäudeenergiegesetz (GEG) bzw. Gebäudemodernisierungsgesetz
111 (GMG) vollständig abschaffen, um das Heizen mit Gas und Öl weiter zu ermöglichen.
- 112 • Investitionssicherheit statt ständig wechselnder planwirtschaftlicher Vorgaben und
113 Ad-hoc-Politik.

114

115 **4. Exportnation Deutschland stärken – Lieferketten und**
116 **Absatzmärkte sichern**

117 Deutschland hat eine starke Exportwirtschaft. Deutsche Produkte sind in der Welt
118 bekannt, beliebt und begehrt. Gleichzeitig ist die deutsche Industrie für die Produktion

119 auf Importe kritischer Rohstoffe und Vorprodukte wie Mikrochips angewiesen. Globale
120 Lieferketten sind zunehmend volatil und die Versorgungssicherheit ist durch
121 Handelskonflikte, geopolitische Spannungen und Exportbeschränkungen gefährdet. Die
122 Resilienz der Lieferketten und die Rohstoffversorgung müssen künftig als Teil
123 wirtschaftlicher Souveränität und nationaler Sicherheit betrachtet und unterstützt
124 werden.

125 **Unsere Maßnahmen:**

- 126 • Wir werden den internationalen Handel durch die Vereinfachung des Austauschs mit
127 anderen Märkten, die Beseitigung vorhandener Handelsbarrieren und den Abschluss
128 vorteilhafter Handelsabkommen fördern.
- 129 • Wir werden Handelsbarrieren wie den EU-CO₂-Zoll (CO₂-Grenzausgleichssystem,
130 CBAM) abschaffen.
- 131 • Wir werden Importabhängigkeiten Deutschlands reduzieren: Wir wollen
132 Rohstofflieferketten durch bilaterale Abkommen diversifizieren sowie die Exploration
133 und Gewinnung kritischer Rohstoffe in Deutschland unter Einbeziehung der
134 Bevölkerung vor Ort und unter Beachtung angemessener Auflagen ausbauen.
- 135 • Wir werden steuerliche Anreize für Unternehmen schaffen, um die Bevorratung
136 kritischer Rohstoffe zu erleichtern.
- 137 • Wir werden die Forschungsförderung zur Substitution kritischer Rohstoffe ausbauen.

138

139 **5. Bürokratieabbau als Wachstumsstrategie**

140 Deutschland ist weltweit für seine hohen Regulierungsanforderungen bekannt. Während
141 unsere Nachbarländer Verfahren beschleunigen, bremst Deutschland seine Wirtschaft
142 selbst aus. Immer neue Vorgaben, Gängelungen und Klimavorschriften machen
143 insbesondere dem Mittelstand das Leben schwer und hemmen den deutschen
144 Innovationsgeist. Wir werden unnötige Bürokratie wirksam reduzieren, Genehmigungs-
145 und Planungsverfahren beschleunigen und Unternehmen wieder mehr Luft zum Atmen
146 geben. Unternehmen müssen sich auf ihr Geschäft konzentrieren, nicht auf staatlichen
147 Papierkram.

148

149 **Unsere Maßnahmen:**

- 150 • Wir werden das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) außer Kraft setzen, um Unternehmen
151 von der Pflicht zur Einführung von Energie- und Umweltmanagementsystemen und zur
152 Erstellung von Energieeffizienzprogrammen zu entlasten und von der Pflicht oft nicht
153 umsetzbarer Reduktionen des Energieverbrauchs in Unternehmen zu entbinden.
- 154 • Wir werden das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abschaffen, das
155 Unternehmen Berichts- und Dokumentationspflichten zur Überwachung von
156 Zulieferern auferlegt, deren Nutzen in keinem Verhältnis zum erforderlichen
157 Bürokratieaufwand steht und den internationalen Wettbewerb zulasten deutscher
158 Unternehmen verzerrt.
- 159 • Wir werden das EU-CO₂-Grenzausgleichssystem abschaffen, um Importeure von den
160 vierteljährlichen Berichten und aufwändigen Berechnungen der CO₂-Emissionen
161 importierter Produkte zu befreien.
- 162 • Wir werden weitere bürokratische EU-Regelungen wie die Berichtspflichten im
163 Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung (EU-CSR) und die EU-Taxonomie
164 abschaffen.
- 165 • Wir fordern die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der EU und ein
166 nationales Vetorecht gegenüber Brüsseler Vorgaben.
- 167 • Wir werden für jedes neue Gesetz/Verordnung zwei alte Gesetze/Verordnungen
168 streichen (»one in – two out«-Regelung).
- 169 • Wir werden jedes neue Gesetz mit einem Ablaufdatum versehen. Bei Bedarf muss
170 dieses verlängert werden.
- 171 • Wir werden Vorschriften sowie Berichts- und Dokumentationspflichten deutlich
172 reduzieren und die Bürokratiekosten bis 2030 um 25 Prozent senken.
- 173 • Wir werden Antrags- und Genehmigungsverfahren wie nach dem Bundes-
174 Immissionsschutzgesetz (BImSchG) oder der Außenwirtschaftsverordnung (AWV)
175 beschleunigen.
- 176 • Wir werden Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge vereinfachen und
177 beschleunigen – unter anderem durch den Verzicht auf »klimapolitische« und
178 ökologische Auflagen (GWB, VgV, SektVO, VOB/A).

179

180 **Finanzeffekte:**

- 181 • *Kurzfristig:* Haushaltsneutrale Entlastung für Unternehmen, Einsparpotenziale in
182 Verwaltungen
- 183 • *Mittelfristig:* Produktivitätsgewinne
- 184 • *Langfristig:* Steigende Beschäftigung und Standortattraktivität, mehr Steuer-
185 einnahmen

186

187 **6. Dem Fachkräftemangel durch heimische Talente entgegenwirken**

188 Der Arbeitskräftemangel ist in erster Linie ein hausgemachtes Problem: Er wird durch zu
189 hohe Lohnnebenkosten, strukturelle Defizite, fehlende Anreize zur Aufnahme einer
190 Erwerbstätigkeit und die Abwanderung von Talenten verursacht. Die Lösung liegt aus
191 unserer Sicht jedoch nicht in der Masseneinwanderung unqualifizierter und
192 bildungsferner Wirtschaftsmigranten.

193 Die AfD-Bundestagsfraktion setzt stattdessen auf die Aktivierung der heimischen
194 Fachkräfte und auf eine stärkere Förderung von Familie und Nachwuchs. Schüler,
195 Lehrlinge und Studenten mit einer soliden Ausbildung und guten Bildungs- und
196 Ausbildungsabschlüssen sind die Fachkräfte von morgen und müssen unterstützt
197 werden. Der zunehmenden Abwanderung hochqualifizierter Arbeitnehmer ins Ausland
198 können wir nur begegnen, indem wir bessere Rahmenbedingungen schaffen. Arbeiten in
199 der Heimat muss sich wieder lohnen. Damit wächst auch die Attraktivität Deutschlands
200 für echte Fachkräfte aus dem Ausland.

201 **Unsere Maßnahmen:**

- 202 • »Mehr Netto vom Brutto«, um die Abwanderung gut qualifizierter Deutscher zu
203 verhindern und Rückkehrbewegungen aus dem Ausland anzustoßen.
- 204 • Wir werden die berufliche und akademische Bildung gleichstellen und deshalb eine
205 kostenlose Meisterausbildung bzw. -fortbildung einführen.
- 206 • Wir werden Anreize zur Nichterwerbstätigkeit reduzieren.
- 207 • Technisierung statt Sozialimport – für einen leistungsfähigen Arbeitsmarkt.